

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Brigitte Adler, Ingrid Becker-Inglau,  
Rudolf Bindig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
— Drucksache 12/5047 —**

**Abnahme der Agrarförderung in Entwicklungsländern**

Eine Studie des International Food Policy Research Institute (IFPRI), die die bi- und multilateralen Anstrengungen der Geberländer und Geberinstitutionen im Bereich der Agrarförderung analysiert hat, kommt zu dem Ergebnis, daß 1990 lediglich 14 Prozent der Gesamtausgaben in der weltweiten Entwicklungshilfe auf den Agrarsektor entfallen. Noch vor zehn Jahren waren es 22 Prozent.

Angesichts der wachsenden Weltbevölkerung (jährlich rund 100 Millionen Menschen) sowie der nur begrenzt möglichen Ausdehnung landwirtschaftlicher Nutzflächen ist diese Entwicklung nicht nachvollziehbar. Sie erkennt die Notwendigkeit, gerade in den ärmsten Ländern dieser Erde, die Agrarförderung zu steigern.

Die Schaffung einer dauerhaften Ernährungsgrundlage in Entwicklungsländern verlangt neue Konzeptionen in der Entwicklungszusammenarbeit. Neben der Unterstützung bei der Weiterentwicklung traditioneller Landnutzungssysteme durch angepaßte Technologien ist ebenso eine Ausweitung von Ressourcenschutzmaßnahmen notwendig. Die Schlüsselrolle des ländlichen Raumes und der Landwirtschaft für den wirtschaftlichen Stabilisierungs- und Aufbauprozeß vieler Entwicklungsländer muß stärker als bisher konzeptionell Berücksichtigung finden.

Das rückläufige Engagement bei der Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume spiegelt sich auch in der deutschen Entwicklungshilfe wider. Obwohl das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung immer wieder betont, daß sowohl die Landwirtschaft als auch die Entwicklung der ländlichen Räume einen hohen Stellenwert im Rahmen der Mittelvergabe einnehmen, werden die Mittel zunehmend gekürzt.

So sind die TZ-Mittel für den Sektor Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Forst von 1989 bis heute um rund 40 Prozent zurückgegangen (1989: 589 Mio. DM; 1993: 362 Mio. DM).

1. Liegt der Bundesregierung die Studie „Underrated Agriculture“ vom International Food and Policy Research Institute (IFPRI) vor, und wie bewertet sie die in der Studie analysierte Reduzierung der Agrarförderung in Entwicklungsländern seitens der Hauptgeberländer und Geberinstitutionen?

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 28. Juni 1993 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

Der Bundesregierung liegt die Studie „Underrated Agriculture“ des International Food Policy Research Institute (IFPRI) vor.

Die Ergebnisse der Studie über die quantitative Abnahme der Agrarförderung sind angesichts der Tatsache, daß gerade in vielen Ländern Afrikas das Ertragswachstum im Sektor Landwirtschaft prozentual unter dem Bevölkerungswachstum liegt und somit die Ernährungssicherung in dieser Region zunehmend gefährdet wird, besorgniserregend.

In der Studie bleiben qualitative Gesichtspunkte weitgehend unberücksichtigt.

Einem zunehmenden Bedarf an Nahrungsmittelhilfe steht eine abnehmende Förderung der landwirtschaftlichen Produktion gegenüber. Das gilt sowohl für bi- wie multilaterale Geber – allerdings sind die EG und Japan davon auszunehmen.

Aufgrund anhaltenden Bevölkerungswachstums, weiterhin steigender Nahrungsmitteldefizite und abnehmender natürlicher Ressourcen ist eine Trendwende dringend erforderlich.

2. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die zunehmende Weltbevölkerung und die begrenzten landwirtschaftlich nutzbaren Ressourcen eine Intensivierung der Agrarförderung notwendig machen, und sieht sie das Problem, daß eine Abnahme der Investitionen im Agrarsektor der Entwicklungsländer die Krisenanfälligkeit der Ernährung erhöht?

Die Bundesregierung teilt die Auffassung, daß eine Abnahme der Investitionen im Agrarsektor die Krisenanfälligkeit der Entwicklungsländer erhöht, und zwar insbesondere im Hinblick auf eine nachhaltig gesicherte Ernährung, eine wirksame Armutsbekämpfung sowie den Umwelt- und Ressourcenschutz.

Vor dem Hintergrund, daß jährlich ca. 100 Millionen Menschen zusätzlich versorgt werden müssen, ist eine Intensivierung der Agrarerzeugung unverzichtbar.

3. Unterstützt die Bundesregierung die Ziele des FAO-Programms „Sustainable Agriculture and Rural Development“ (SARD), und kann sie bestätigen, daß die Umsetzung dieser Ziele insbesondere die dringend notwendige Einbeziehung ökologischer Aspekte, langfristig angelegte und höhere Investitionen im Agrar- und Forstbereich sowie in der ländlichen Entwicklung notwendig machen?

Die Bundesregierung unterstützt die Ziele des FAO-Programms „Sustainable Agriculture and Rural Development“ (SARD) und bestätigt, daß zur Zielerreichung höhere Investitionen im Agrar- und Forstbereich sowohl in finanzieller Hinsicht als auch bei „Human Resources“ nötig sind.

Dies ist jedoch nicht nur eine Frage des Investitionsvolumens. Es ist erforderlich, auch qualitative Gesichtspunkte einzubeziehen. Im Rahmen des entwicklungspolitischen Dialogs wirkt die Bundesregierung auf die Schaffung der erforderlichen Rahmenbedingungen, eine sinnvolle Prioritätensetzung und den Aufbau geeigneter Träger hin.

Im übrigen ist darauf zu verweisen, daß die Entwicklungsländer selber erkennen müssen, daß sie der vernachlässigten Landwirtschaft bei ihrer Mittelallokation im Staatshaushalt wieder höhere Priorität einräumen müssen.

4. Wie bewertet die Bundesregierung die Rolle der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Ländern des Südens, und teilt sie die Auffassung, daß im Zusammenhang mit den politischen und wirtschaftlichen Reformprozessen in vielen Entwicklungsländern eine Intensivierung im Agrarsektor eine größere Aussicht auf Erfolg hätte?

Die Landwirtschaft ist für die meisten Entwicklungsländer ein Schlüsselsektor für wirtschaftliches Wachstum: im Durchschnitt trägt der Agrarsektor rund 33 % zum Bruttosozialprodukt bei und ist Einkommensgrundlage für nahezu die Hälfte der Bevölkerung. In den meisten Entwicklungsländern hängt der gesamtwirtschaftliche Fortschritt wesentlich vom Wachstum des landwirtschaftlichen Sektors ab.

Politische und wirtschaftliche Reformprozesse, wie sie von der Bundesregierung und der internationalen Gebergemeinschaft gefördert werden, sind Voraussetzungen für eine effektive und sinnvolle Agrarförderung.

Jede Form von Intensivierung im Agrarsektor, die neben Infrastrukturausbau, Marktzugang und Agrarforschung auch die Modernisierung von Institutionen umfaßt, ist auf die Mitwirkung der Bevölkerung angewiesen. Daher verbessern nicht nur die politischen und wirtschaftlichen, sondern v.a. die sozialen Reformprozesse die Erfolgchancen der Agrarförderung.

5. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen den äußerst schlechten Erfolgsquoten landwirtschaftlicher Entwicklungsprojekte und der rückläufigen Agrarförderung, und welche Anstrengungen unternimmt sie, die bi- und multilaterale Agrarförderung konzeptionell und im Management zu verbessern?

Welche Kriterien sind in diesem Zusammenhang für die Bundesregierung richtungsweisend?

Die Bundesregierung teilt die Auffassung nicht, daß landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte eine äußerst schlechte Erfolgsquote haben. Querschnittsauswertungen von Evaluierungsberichten haben gezeigt, daß in der deutschen bilateralen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit die landwirtschaftlichen Vorhaben eine überdurchschnittliche Erfolgsrate haben. Der unterstellte Kausalzusammenhang besteht nicht.

Im Bereich der Agrarförderung ist es für die Bundesregierung wichtiges Prinzip, daß die Zielgruppe an Planung, Vorbereitung und Durchführung der Fördermaßnahmen aktiv mitwirkt. Die Bundesregierung arbeitet darauf hin, entsprechende Vorhaben künftig noch stärker an die Potentiale und Fähigkeiten der Partner anzupassen. Dazu gehört auch die Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen.

Diesbezügliche Instrumentarien, insbesondere Managementleitfäden, werden kontinuierlich fortgeschrieben und an die jeweiligen Bedürfnisse angepaßt.

Die Bundesregierung fördert politische Rahmenbedingungen, die gleichzeitig ein Umfeld für eine sinnvolle Förderung der Landwirtschaft schaffen. Darüber hinaus ist es unverzichtbar, mit qualifizierten staatlichen und privaten Trägern zusammenzuarbeiten.

6. In welchem Umfang sind TZ-Maßnahmen im Agrarsektor und in der ländlichen Entwicklung in den letzten fünf Jahren finanziell gefördert worden, und wie wird sich die Finanzmittelausstattung für diesen Bereich zukünftig entwickeln?

TZ-Maßnahmen im Agrarsektor und in der ländlichen Entwicklung wurden in den Jahren 1987 bis 1991 wie folgt bewilligt:

	Ländliche Entwicklung	davon	Agrarsektor
1987	645,8 Mio. DM		256,3 Mio. DM
1988	677,5 Mio. DM		293,6 Mio. DM
1989	648,0 Mio. DM		290,0 Mio. DM
1990	686,9 Mio. DM		283,3 Mio. DM
1991	540,6 Mio. DM		212,2 Mio. DM

Die Projektbewilligungen der Folgejahre werden sich voraussichtlich auf der für 1991 ausgewiesenen Ebene bewegen.

7. In welchem Umfang sind FZ-Maßnahmen im Agrarsektor und in der ländlichen Entwicklung durchgeführt worden, und wie sieht die zukünftige Planung aus?

FZ-Maßnahmen im Agrarsektor und in der ländlichen Entwicklung wurden in den letzten fünf Jahren (1987 bis 1991) wie folgt gefördert:

	Ländliche Entwicklung	davon	Agrarsektor
1987	635,0 Mio. DM		151,8 Mio. DM
1988	787,5 Mio. DM		251,4 Mio. DM
1989	515,9 Mio. DM		59,7 Mio. DM
1990	600,7 Mio. DM		164,3 Mio. DM
1991	592,2 Mio. DM		153,7 Mio. DM

Die Planungen für künftige Jahre bewegen sich auf der gegenwärtigen Ebene.

8. Wie begründet die Bundesregierung die Rückläufigkeit der bilateralen TZ für die Förderbereiche Landwirtschaft, Forst und ländliche Entwicklung im Zeitraum von 1989 bis heute um rund 40 Prozent?

Der entscheidende Grund liegt in einer rückläufigen Nachfrage nach landwirtschaftlichen Fördermaßnahmen von Seiten der Partnerländer (Antragsprinzip). Die Bundesregierung nutzt jedoch ihre Möglichkeiten (Politikdialog im Rahmen von Regierungsver-

handlungen, Verhandlungen im Rahmen der Weltbankkonsortien, Konsultationen), die Partner auf die Gefahren einer Vernachlässigung des Agrarsektors hinzuweisen. Analysen belegen, daß Vorhaben im ländlichen Raum nur bei Umsetzung mit geeigneten einheimischen Trägern nachhaltig und erfolgreich sind.





